

Newsletter Soziale Stadt

Inhalt dieser Ausgabe

- Öffentlich geförderte Beschäftigung ■
Aktionsbündnis „Bürgerfreundliches Jobcenter“ ■
Wilhelmsburg
- Projekt „Türen öffnen - Vielfalt leben vor Ort“ ■
Projekt „Flüchtlingslotsen“ ■
- Popup - Das Läden-Festival in Wilhelmsburg ■
Anstoß e.V. der Nachbarschaftstreff in Lokstedt ■
Stadtteildiakonie Holstenkamp ■
- Gemeinwesendiakonie in Hamburg - Langenhorn ■
Kirche und Stadt - ein theologischer Impuls ■
- Dokumentationen, Veranstaltungen, Links ■

Liebe Leserinnen und Leser,

waren Sie schon neugierig auf den nächsten Newsletter Soziale Stadt? Seit unserer letzten Ausgabe im März ist ja viel passiert. Auch wenn wir nicht alle Themen aufgreifen können, die aus der Perspektive einer sozialen Stadt von Interesse sind, hoffen wir Ihnen in der vorliegenden Ausgabe wieder eine interessante Auswahl an Texten anbieten zu können. So können Sie erfahren, weshalb arbeitsmarktpolitische Ziele des rot-grünen Senats in Frage gestellt sind; Sie können lesen, wie sich Sozialarbeitsprofis, Bürgerinnen und Bürger und Behördenvertreterinnen in Wilhelmsburg aufmachen, das Jobcenter bürgerfreundlicher zu machen; Sie können viele Projekte kennenlernen, ganz neue und schon solche, die Zwischenbilanzen ziehen können. Die Projekte wollen Antworten geben auf vielfältige Situationen und Aufgaben in Hamburg geben: Armut, Flucht, Migration, Wirtschaftsentwicklung, Quartiersentwicklung. Sie können das Nachdenken darüber mitverfolgen, was Kirche in der Stadt bedeuten kann und schließlich bekommen Sie auch noch einen kleinen Einblick in die Diskussion über Hamburgs Olympiabewerbung.

Am Ende finden Sie links und Hinweise auf Veranstaltungen und Websites, die sich mit Fragen der sozialen Stadt und der Rolle von Kirche und Diakonie dabei befassen.

Eine gute Lektüre wünscht Ihnen im Namen der Redaktion des Newsletters Soziale Stadt

Wolfgang Völker
Diakonisches Werk Hamburg
Referat Arbeitslosigkeit und Existenzsicherung

Wolfgang Völker
voelker@diakonie-hamburg.de
040 30620325

Im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen sind in der Arbeitsmarktpolitik bis zu 1000 sozialversicherungspflichtige öffentlich geförderte Arbeitsplätze vereinbart. Die Koalitionäre gingen davon aus, dass 300 dieser Plätze aus dem Bundesprogramm Soziale Teilhabe für Langzeitarbeitslose finanziert werden können. Bei der Ausschreibung dieses Programms ging Hamburg jedoch leer aus. Das Jobcenter hatte sich beworben, jedoch vom BMAS keinen Zuschlag bekommen. Verbände und Beschäftigungsträger fordern eine Kompensation aus Hamburger Mitteln.

Tausend geförderte Arbeitsplätze

In Gesprächen mit den arbeitsmarktpolitischen Sprecherinnen der Regierungsfractionen war Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden und Beschäftigungsträgern erläutert worden, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarten 1000 sozialversicherungspflichtigen, öffentlich geförderten Arbeitsplätze in einem Mix aus 700 Förderungen von Arbeitsverhältnissen nach § 16 e SGB II (FAV) und 300 Plätzen aus dem Bundesprogramm bestehen sollen. Gleichlautende Informationen waren von der BASFI und dem Hamburger Jobcenter team.arbeit.hamburg auch gegenüber den Beschäftigungsträgern gegeben worden.

In der arbeitsmarktpolitischen Fachöffentlichkeit besteht weitgehend ein Konsens darüber, dass in Hamburg die sozialversicherungspflichtige, öffentlich geförderte Beschäftigung ausgeweitet werden muss. Angesichts der ca. 24.000 registrierten Langzeitarbeitslosen in Hamburg (davon 21.000 im Rechtskreis SGB II) sind die im Koalitionsvertrag genannten bis zu 1.000 Arbeitsplätze zusätzlich eine unterste Grenze der öffentlichen Förderung von Beschäftigung. Diese Größenordnung kann allenfalls einen Einstieg in die Verbesserung des Angebots an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung für Langzeitarbeitslose sein.

Einstieg gefährdet

Selbst dieser Einstieg ist aktuell dadurch gefährdet, dass das Hamburger Jobcenter mit seiner Bewerbung auf 300 Plätze des Bundesprogramms „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) nicht erfolgreich war. Die Gründe, warum Hamburg als einziges Bundesland aus diesem Programm nicht gefördert wird, sind nicht bekannt.

Nachdem diese Mittel nun nicht zur Verfügung stehen, gibt es aus Sicht von Verbänden und Beschäftigungsträgern die Notwendigkeit, dass Senat, Arbeitsagentur und Jobcenter die 300 Plätze und die gegenüber den Trägern angekündigten Fallkostenpauschalen aus anderen Mitteln finanzieren. Kompensiert werden müssten die im Bundesprogramm soziale Teilhabe vorgesehene Förderung von 1.320 € je Arbeitsplatz bei 30 Wochenstunden und darüber hinaus die Aufwendungen für Overheadkosten und Coaching/Personalentwicklung. Dafür waren Fallkosten in Höhe von 350 € vorgesehen. Für die 300 Arbeitsplätze wären im Jahr ca. 6,2 Mio € an Förderung nötig. Da das Bundesprogramm für eine Laufzeit von 36 Monaten angesetzt ist, werden somit für drei Jahre 18,6 Mio € benötigt.

Die Regierungsfractionen und die beteiligten Behörden waren von der Entscheidung des BMAS genauso überrascht wie Verbände und Beschäftigungsträger. Die Stadt versucht nach wie vor, den Ausfall der Förderung beim BMAS zu revidieren. Ob die Stadt eigene Mittel zur Kompensation einsetzen wird, ist derzeit noch offen.

Ein Bündnis aus Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, bag arbeit, Sozialverband Deutschland LV Hamburg, DGB Hamburg und dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt hat eine Hamburger Erklärung zu öffentlich geförderter, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung verfasst und wird diese am 24. November in einem Fachtag mit Vertreterinnen und Vertretern der Regierungsfractionen und der Fachöffentlichkeit vorstellen und auch diskutieren.

Wolfgang Völker
Diakonisches Werk Hamburg
Referat Arbeitslosigkeit und Existenzsicherung

Veranstaltungshinweis

Veranstaltungen zu Öffentlich geförderter Beschäftigung in Hamburg und Lübeck siehe unter „Veranstaltungen“

Aktionsbündnis „Bürgerfreundliches Jobcenter“ Wilhelmsburg

Christel Ewert
c.ewert@kirche-hamburg-ost.de
040 28574118

„Wer hat Angst vorm Jobcenter“ war der Titel einer Veranstaltung, zu der im Herbst 2013 verikom und die Sozialberatung des ev.-luth. Kirchenkreises eingeladen hatten. Die rund 30 TeilnehmerInnen benannten Missstände und wiederkehrende Probleme der Verwaltungspraxis und stellten Forderungen für eine bürgerfreundliche Öffnung des Jobcenters in Wilhelmsburg auf. Auf einem weiteren Treffen bildete sich eine Delegation, die den Auftrag hatte, das direkte Gespräch mit dem Jobcenter aufzunehmen.

Diese Delegation der Initiativgruppe 'Jobcenterdialog' hat sich im Oktober letzten Jahres und im März 2015 mit der Leitung des Wilhelmsburger Jobcenters getroffen, um die öffentliche Kritik an der Arbeitsweise des Jobcenters vorzutragen, z.B. die mangelnde Erreichbarkeit und Abschottung des Jobcenters, Sanktionen, lange Bearbeitungszeiten und der z.T. unverantwortliche Umgang mit Mittellosigkeit, mangelndes Beschwerdemanagement und Respektlosigkeiten gegenüber den LeistungsbezieherInnen.

Obwohl die wahrgenommenen Probleme durchaus im Zusammenhang mit grundrechtswidrigen Instrumenten des SGB II zu sehen sind, zielt der kritische Dialog mit dem Jobcenter darauf ab, konkrete Verbesserungen zu erreichen.

Jeweils auf dem nächsten öffentlichen Aktionsbündnistreffen informiert die Delegation über die Gesprächsergebnisse, und die Themenschwerpunkte werden für das nächste zu führende Gespräch mit der Jobcenterleitung vorbereitet.

Christel Ewert
Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-Ost, Stadteildiakonie Wilhelmsburg

Aufruf Aktionsbündnis „Bürgerfreundliches Jobcenter“ Wilhelmsburg

Christel Ewert / Christiane Tursi
c.ewert@kirche-hamburg-ost.de
tursi@verikom.de

Wir wollen uns in unserem Stadtteil im Dialog mit dem örtlichen Jobcenter dafür einsetzen, konkrete Verbesserungen in der Arbeitsweise des Jobcenters im Sinne von Bürgerfreundlichkeit und Transparenz zu erreichen.

Warum erscheint uns dies notwendig?

Nach Berichten von Betroffenen, SozialarbeiterInnen und der empirischen Studie „Respekt – Fehlanzeige?“ (Diakonisches Werk Hamburg, 2012) sind Jobcenter bei vielen Menschen, die Arbeitslosengeld II beziehen, aufgrund ihrer Arbeitsweise nicht gut angesehen. Häufig ist der Gang zum Jobcenter mit Angst besetzt. Dafür gibt es viele Gründe.

Das Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) enthält einige Instrumente (Mitwirkungspflichten und Sanktionen, Zumutbarkeitsregeln, Eingliederungsvereinbarungen, etc.), die den SachbearbeiterInnen großen Macht- und Entscheidungsspielraum geben, während die LeistungsbezieherInnen oft in eine ohnmächtige Position geraten und sich Auflagen unterworfen sehen, die sie nicht beeinflussen können.

Das Amt tritt den sog. KundInnen als unpersönliche, hochschwellige Institution gegenüber, die mit vorgefertigten Textbausteinen häufig unangemessene Schuldzuweisungen ausspricht, die Verantwortung für eigene Fehler aber stets verweigert. Aufgrund mangelnder Erreichbarkeit, ständiger Fluktuation der MitarbeiterInnen und wechselnder Zuständigkeiten, Unterbesetzung und Arbeitsüberlastung sowie damit verbundener Unfreundlichkeit lassen die Jobcenter im wahrsten Sinn des Wortes nicht mit sich reden. Das Jobcenter bietet den Erwerbslosen in der Regel keine beratende Unterstützung bei der Weiterbildung oder Arbeitssuche an, was eigentlich seine Aufgabe sein sollte, sondern vermittelt oft ohne Ansehen der persönlichen Voraussetzungen und Qualifikationen schnell in eingekaufte Maßnahmen um der bloßen „Aktivierung“ willen. Die inhaltliche Ausbildung, die soziale und fachliche Kompetenz und das professionelle Selbstverständnis in dieser Hinsicht lassen vielfach zu wünschen übrig.

Zudem erleben BürgerInnen mit Rechtsanspruch auf Arbeitslosengeld-II-Leistungen immer wieder, wie Jobcenter in ihrem Interesse, Leistungen einzusparen, Ansprüche mündlich abweisen oder mit rechtswidrigen Argumentationen versagen, bis das Sozialgericht die Zahlungen anordnen muss.

Uns ist klar, dass das SGB II mit seinen für die LeitungsbezieherInnen problematischen Vorgaben auf Bundesebene nicht leicht zu reformieren ist.

Aber wie ein Jobcenter vor Ort als Institution funktioniert und aufgestellt ist, welcher Geist, welcher Ton, welche Arbeitsweisen und Verhaltensnormen herrschen, machen einen Unterschied.

Auf einer Veranstaltung im Herbst 2013, die von der Sozialberatung des Ev.-Luth. Kirchenkreises Hamburg-Ost und verikom organisiert wurde, wurden Missstände benannt und Forderungen an ein bürgerfreundliches Jobcenter Wilhelmsburg von den TeilnehmerInnen aufgestellt, die in fünf Bereiche unterschieden wurden.

Kommunikation

Verbindlich ist ein freundlicher und respektvoller Umgangston; herabsetzende Bemerkungen und im Besonderen diskriminierende Äußerungen gegenüber MigrantInnen werden nicht geduldet; die MitarbeiterInnen dürfen verschiedene Herkunftssprachen anbieten; Einrichtung eines Dolmetscherpools.

Rechtspraxis

Keine mündliche Abweisung von Anträgen oder verweigerte Herausgabe von Antragsunterlagen; rechtskonforme Bearbeitung der Anträge; verantwortlicher Umgang mit Rechtsansprüchen und existenziellen Notlagen; Verzicht auf Aufforderungen zur Senkung der Unterkunftskosten.

Arbeitsweise

Beratung zu den Leistungen und Hilfsmöglichkeiten und unaufgeforderte Information über alle Leistungen; Bestätigung eingehender Papiere und sorgfältiger Umgang mit eingereichten Dokumenten; Einräumung von Fehlern; Verzicht auf verzerrende Textbausteine; Verzicht auf ungerechtfertigte Sanktionsdrohungen und willkürliche Auflagen; Verzicht auf Zwang zu sinnlosen Maßnahmen oder zur Arbeitsaufnahme gegen die Qualifikation; echte Mitsprache ermöglichen bei „Eingliederungsvereinbarungen“;

Verbesserte Vorsprachemöglichkeit ohne lange Wartezeiten und telefonische Erreichbarkeit; Transparenz über Bearbeitungszeiten und Entscheidungen; Akzeptanz von Begleitung und Beiständen.

Personalausstattung / Arbeitsbedingungen

Ausreichend intensive Qualifikation des Personals zur Gewährleistung sozialer Rechtsansprüche und sozialer / interkultureller Kompetenz;

Ausreichende Personaldecke, um Erreichbarkeit und Zuverlässigkeit zu gewährleisten und chaotisierende Fluktuation zu vermeiden;

kein Druck auf MitarbeiterInnen durch Aktivierungsquoten und Sparvorgaben.

Institution

Systematische Verbesserungsmaßnahmen im Sinne eines bürgerfreundlichen Leitbilds; Klima des Willkommens; Einsetzung eines Beschwerdemanagements.

Wie geht es weiter

Diese sind Probleme, die in Wilhelmsburg das Verhältnis der LeistungsbezieherInnen und SozialarbeiterInnen zum Jobcenter belasten. Auf der ersten Versammlung wurde beschlossen die herausgearbeiteten Probleme mit der Jobcenterleitung zu besprechen. Dafür wurde eine Delegation benannt. Mit einer Delegation haben wir zwei Gespräche mit der Wilhelmsburger Jobcenterleitung geführt in denen Kritik, aber auch konkrete Vorschläge für eine Öffnung des Jobcenters vorgetragen wurden. Es wurde vereinbart die Gespräche in regelmäßigen Abständen fortzuführen.

Unterstützt wird das Aktionsbündnis „Bürgerfreundliches Jobcenter“ von: der Initiativgruppe Jobcenterdialog, der Stadtteildiakonie Elbinseln des ev.-luth. Kirchenkreis Hamburg-Ost, dem westend, hoffnungsorte hamburg – Nachbarschaftstreff & Migrantenmedizin, der Sozialberatung der Diakoniestation Wilhelmsburg, verikom Wilhelmsburg, sowie dem christlich-muslimischen Dialog und der ev.-luth. Reiherstieg-Kirchengemeinde

Kontakt: Christel Ewert und Christiane Tursi

Praxis und Projekte

Manuel Rakers
rakers@diakonie-hamburg.de
040 30620335

Türen öffnen - Vielfalt leben vor Ort“

Das Diakonische Werk Hamburg hat ein neues Projekt: „Türen öffnen – Vielfalt leben vor Ort“, das für drei Jahre genehmigt wurde. Ziel ist eine interkulturelle Öffnung des Stadtteils, damit alle Menschen an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen gleichberechtigt teilhaben können. Wir möchten Organisationen und ihre haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter unterstützen, durch gezielte Schulungen, Organisationsentwicklung, Netzwerkarbeit und fachlichen Input.

Fremdsein

08:53 Uhr, 29. Juni 2010, Jerusalem/ Israel

„Ich sitze irgendwo in einer Behörde mitten in Jerusalem. Ich vermute zumindest, dass es eine Behörde ist. Kann aber eigentlich nicht anders sein, bei den ganzen Akten und wartenden Menschen hier. Ich brauche für meine Volontärsarbeit ein neues Visum, das alte läuft aus. Netterweise begleitet mich jemand von der Arbeit. Keiner spricht hier englisch, geschweige denn deutsch. Mein hebräisch reicht für so etwas nicht aus. Die Beschriftung im Haus ist auch komplett hebräisch: התושבים רישום משרד Wir sind dran. Auf dem Weg kommen wir an Aktenbergen mitten im Flur vorbei. Ich schnappe einige Daten und Zahlen in den geöffneten Dokumenten auf. So etwas würde es in Deutschland nicht geben! Oder doch?! Die Beamtin ist mürrisch, fragt mich etwas auf Hebräisch. Meine Begleitung antwortet. Die Beamtin wird noch mürrischer. Nach 10 Minuten bekomme ich einen Stempel in meinen Pass. Ich bedanke mich, wie ich es im Sprachkurs gelernt habe. Beim Hinausgehen fragt mich meine Begleitung, warum ich immer so freundlich sein muss. Ich verstehe gar nichts mehr!“

Zielgruppe

Die Türen in vielen offiziellen Stellen Hamburgs sind bereits mehrsprachig beschriftet und hinter vielen Türen trifft man auch schon auf Menschen, die mehr als nur deutsch und englisch sprechen. „Türen öffnen – Vielfalt leben vor Ort“ richtet sich sowohl an Organisationen und Mitarbeitende, die noch wenig bis keine Berührung mit dem Thema interkultureller Öffnung im Gemeinwesen hatten. Aber auch an solche, die sich sogar schon konzeptionell damit auseinandergesetzt haben.

Das aktuelle Projekt wird in Kooperation mit den Diakonischen Werken in Schleswig-Holstein und Baden durchgeführt und aus Mitteln des AMIF (Asyl-, Migration- und Integrationsfond der EU) finanziert. Strukturelle Diskriminierung soll abgebaut und der Zugang zu beispielsweise sozio-kulturellen Angeboten erleichtert werden.

Ziel des Projektes

Wir wollen **Strukturen im Stadtteil** bei Trägern, Einrichtungen, Initiativen, Gemeinden, uvm. ausfindig machen, die die Teilhabe von Menschen in all ihrer Vielfalt begünstigen. Die Erfahrungen aus der Praxis sollen hierbei als Grundlage für die Projektarbeit dienen: Was läuft gut? Wer macht mit? Warum fühlen sich die Menschen hier wohl und werden aktiv? Die Prozesse und Erkenntnisse daraus werden im idealen Fall verstetigt und weiterentwickelt. Dazu dient beispielsweise ein Fortbildungsangebot, wie es bereits im Diakonischen Werk entwickelt wurde (u.a. die interkulturelle Grundqualifizierung).

Neben den Mitarbeitenden steht aber auch die **Organisationsstruktur** im Mittelpunkt: Wie können Angebote noch sensibler auf kulturelle Unterschiede ausgerichtet werden? Wie präsentiert man sich in der Öffentlichkeit? Wie wirken sich interkulturelle Teams auf die Arbeit aus?

Daneben sollen **Netzwerke im Stadtteil** auf- und ausgebaut werden, die zu einer besseren Arbeit führen: Mit wem macht es Sinn, Angebote zusammen durchzuführen? Wen sollte man kennen, um aktuelle Probleme besser deuten zu können? Wer hat einen speziellen Zugang zu Gruppen im Stadtteil? Dabei sollen bereits vorhandene Strukturen, wie z.B. der Arbeitskreis Stadtteildiakonie oder die AG Gemeinwesendiakonie genutzt werden. Wir gehen auch auf neue Partner zu, um Akteure vor Ort zu vernetzen.

Natürlich geht es auch um einen fachlichen Austausch. Deshalb wird es im Laufe der Projektlaufzeit zu mehreren **Fachveranstaltungen** rund um das Thema „interkulturelle Gemeinwesenarbeit“ kommen.

Kern der Projektarbeit in Hamburg sind die „**Best-Practise-Beispiele**“. Hierzu werden wir einen Ideenwettbewerb organisieren, in dem unterschiedliche Projektideen für ein vielfältiges Zusammenleben präsentiert werden können. Diese werden von einer Jury bewertet und als Preis winkt die professionelle Unterstützung bei der Projektumsetzung.

Fazit

Das Projekt „Türen öffnen – Vielfalt leben vor Ort“ soll Lust machen auf ein lebendiges und vielfältiges Leben in den Stadtteilen. Die interkulturelle Öffnung im Gemeinwesen wird gestärkt. Die Mitarbeitenden und Organisationen im Stadtteil werden ermuntert und mit Hilfe von Fortbildungen, Beratungen, Netzwerkarbeit und mit dem Ideenwettbewerb unterstützt. Denn letztlich geht es darum, dass alle Bewohner die Chance auf eine gleichberechtigte Teilhabe am soziokulturellen Leben bekommen.

Manuel Rakers

(War 2010 einige Monate in Israel und durfte am eigenen Leib erleben, was es heißt interkulturell überfordert zu sein)

Projektkoordination „Türen öffnen – Vielfalt leben vor Ort“

Königstraße 54, 22767 Hamburg

Telefon 040 30 62 0-335, Fax 040 30 62 0-340

rakers@diakonie-hamburg.de, www.diakonie-hamburg.de

Flüchtlingslotsen

Nancy Hochgraef
fluechtlingslotsen@diakonie-hamburg.de
0177 / 954 06 51

Das Projekt Flüchtlingslotsen stellt sich vor.

Die Situation geflüchteter Menschen ist zurzeit sichtbarer denn je in der Stadt. Die Erstaufnahmen und Wohnunterkünfte in Hamburg sind überfüllt und das ansässige Sozialmanagement stößt an seine Grenzen. Das Projekt Flüchtlingslotsen möchte hier ansetzen und geflohene Menschen in Ihren Anliegen unterstützen.

Wobei brauchen Menschen Unterstützung?

Neu angekommene, aber auch schon länger hier lebende Menschen, brauchen Unterstützung, sich in Hamburg zu orientieren und sich zurecht zu finden. Sie brauchen zum Beispiel Ansprechpartner_Innen, Begleitungen und Knowhow, um ihr Leben neu einrichten zu können.

Wie funktioniert das deutsche Ämter- und Behördensystem? Wo werden welche Anträge gestellt? Welche Unterlagen müssen besorgt und beglaubigt werden? Wie kann der Rest der (Kern-)Familie nachkommen? Wie kann Arbeit und Wohnraum gefunden werden? Zu welcher Kita oder Schule können Kinder gehen? Wie und wo werden Deutschkurse angeboten?

Dies ist nur ein Ausschnitt von Fragen, die Menschen haben, die sich in einem noch fremden Land neu verorten müssen.

Wie funktioniert das Projekt Flüchtlingslotsen?

Von April bis Juni 2015 wurde das Projekt aufgebaut und beworben. Im Juli fand eine Auftaktveranstaltung statt, zu der alle Interessenten eingeladen waren, die sich ehrenamtlich als Lotsin/ Lotse engagieren wollen. Viele von ihnen sind schon in Initiativen, die sich um Hamburger Wohnunterkünfte gebildet haben, angebunden. Andere waren bisher noch nicht in der Unterstützung von Geflüchteten aktiv und suchen ein Engagement und eine Vernetzung.

Ebenfalls eingeladen waren an diesem Abend Vertreter_Innen sozialer Einrichtungen, die mit Migrant_Innen und geflüchteten Menschen zusammen arbeiten. Sie stellten ihre Einrichtung vor und benannten konkrete Themen und Situationen, in denen Lotsinnen und Lotsen ihre Arbeit unterstützen und Begleitungen übernehmen können.

Ein Ziel des Projektes ist, Begleitungen für Klient_Innen aus Beratungsstellen, die mit geflüchteten Menschen und Migrant_Innen zusammenarbeiten und für Bewohner_Innen von Wohnunterkünften, an Lotsinnen und Lotsen zu vermitteln. Vermittlerin und Schnittstelle ist dabei immer die Koordinatorin des Projektes. Sie steht den Lotsinnen und Lotsen, als ausgebildete Sozialpädagogin, für Fragen und Hinweise zur Verfügung.

Zur Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit von Lotsinnen und Lotsen bietet das Projekt ein monatliches Treffen mit wechselnden thematischen Schwerpunkten zum Austausch und zur Vernetzung an. So sollen ehrenamtliche Flüchtlingslotsen ein Wissensrepertoire zu asylrelevanten Thematiken, wie z.B. zum Asylverfahren, Aufenthaltsgesetzen, Asylbewerberleistungsgesetz und Sozialgesetzbuch aufbauen und einen Überblick über soziale Einrichtungen zur Thematik Flucht und Migration und (niedrigschwellige) Beratungsstellen erlangen. Lotsinnen und Lotsen können somit in den Begleitungen sicher auftreten und den Bedarfen und Anliegen der zu begleitenden Personen angemessen begegnen.

Das Projekt Flüchtlingslotsen setzt da an, wo professionelle Hilfe an ihre Grenzen stößt und möchte Bürger_Innen, in die Hilfe miteinzubeziehen und ihr persönliches Engagement professionell unterstützen und begleiten.

Kontakt: Nancy Hochgraef , Dipl. Sozialpädagogin/-arbeiterin

Läden-Festival in Wilhelmsburg - Impuls für eine nachhaltige Quartiersentwicklung?

Gudrun Stefaniak
gudrun.stefaniak@passage-hamburg.de
040 76617213

Die Entwicklung lokaler Ökonomie ist ein wichtiger Faktor auch für die Stabilisierung von Nachbarschaften und Stadtteilen. Das gilt auch und besonders für Wilhelmsburg in Nach-IBA-Zeiten. Was kann eine temporäre Intervention wie das Popup-Festival leisten, welche Fragen wirft es auf und was bleibt? Ein Diskussionsbeitrag aus der Sicht eines Beschäftigungsträgers.

In einer globalisierten Welt spielt lokale Ökonomie eher eine untergeordnete Rolle, für funktionierende Gemeinwesen, Nachbarschaften und Stadtteile aber umso mehr. Es geht um ortsnahe Arbeitsplätze und Existenzsicherung, aber auch um kurze Wege und lokale Bedarfe, um Kommunikation und Identität. Und das am besten aus der Mitte der Region, d.h. ausgehend von Menschen, die das Umfeld kennen, bestenfalls bereits im Stadtteil leben oder arbeiten.

Ein innovatives, kreatives Projekt:

Ausgehend von dem enormen Leerstand bei Läden im Reiherstiegviertel und der Vermutung, dass Wilhelmsburg Potential für lokale Ökonomie hat, entstand so die Idee des Popup-Läden-Festivals in Wilhelmsburg. Kreiert, vorangetrieben und koordiniert von der örtlichen Kreativgesellschaft *Hirn und Wanst* konnten in zehn Wilhelmsburger Ladengeschäften experimentelle, ungewöhnliche oder alltägliche Geschäftsideen für einen begrenzten Zeitraum umgesetzt werden. Vermieter stellten großzügig leerstehende Flächen gegen Betriebskosten zur Verfügung, *Hirn und Wanst* organisierte die nötigen Mittel und Veranstaltungen und das Festival nahm seinen Lauf. Für fünf Wochen öffneten zu verabredeten Zeiten alle Läden gleichzeitig. Begleitet wurde das Ganze aus dem Festivalzentrum heraus mit fantasievollen Veranstaltungen an den Wochenenden, Veröffentlichungen zu Sonderaktionen der Ladenbetreiber in den sozialen Medien und mit großem öffentlichem Interesse im Stadtteil selber und darüber hinaus.

Alle Popup-Ladenbesitzer waren mit viel Liebe zum Stadtteil und zu den Details ihrer Ladenkonzepte dabei. Nicht wenige waren schon nach dem ersten Wochenende am Limit ihrer Kräfte angekommen. War doch das Festival mit 24 Stunden Öffnungszeiten in der Woche für die meisten zusätzlich zu Job, Familie oder Uni. Denn niemand konnte damit rechnen reich zu werden. Für alle war es ein Ausprobieren: Wie kommt meine Geschäftsidee bei Kunden an? Passt ein Ladengeschäft zu meinen bisherigen Vertriebswegen? Was geht in Wilhelmsburg? Bin ich der Typ Verkäufer?

Erfahrungen der passage gGmbH

So auch für die passage gGmbH, die sich mit ihren Projekten „Stoffdeck“ und „Rathauspassage“ mit einem eigenen Laden und an zwei sog. Konzeptstores beteiligte. Wir wollten uns in Wilhelmsburg weiter vernetzen, ausprobieren, ob unsere Produkte marktfähig und unsere Mitarbeitenden bereit für einen Job im Einzelhandel sind. Darüber haben wir wertvolle Erkenntnisse gewonnen, die wir in die Weiterentwicklung unserer Projekte einfließen lassen können. Selbstständige, verlässlich und dienstleistungsorientierte Arbeit ist in der Regel für Menschen, die nach langer Arbeitslosigkeit und einer Maßnahme in einem unserer Projekte immer noch eine Überforderung. Die Tätigkeiten als Ladenbetreiberin sind eben nicht einfach, sondern vielfältig und anspruchsvoll. Selbstständigkeit mit allen Risiken bedarf mehr Begleitung als unsere Gesellschaft leisten kann. So ist es auch dann, wenn es ein gutes Ladenkonzept gibt. Eine Erkenntnis, die sicher auch so manch anderer Ladenbetreiber gewonnen haben dürfte.

Fazit

Positive und hoffentlich nachhaltige Effekte des Festivals zeigen sich in neuen Kooperationen z.B. für Onlinehandel und gemeinsame Projekte, einer besseren Vernetzung verschiedenster Akteure im Stadtteil, Erkenntnissen über Bedarf und Bedürfnisse im Stadtteil und in der guten Öffentlichkeitsarbeit für Betreiber und Stadtteil bei geführten Shoppingtours, Presseterminen und Medienbeiträgen. So wurde das Popup-Festival zur Präsentationsbühne für das neuste passage Projekt. Das Upcyclinglabel bridge&tunnel erzielte auf Anhieb eine große Aufmerksamkeit mit Wertschätzung für die Näherinnen, ersten Verkäufen und vor allem viel Feedback für Design und Projektidee!

Und Wilhelmsburg, was hat das Popup-Festival für Wilhelmsburg und seine Einwohner gebracht? Nun zunächst ganz einfach viele Diskussionen und Gespräche über den Stadtteil, die Sinnhaftigkeit eines solchen Festivals und anderer Events. Diskussionen über das Bewusstsein, über Belange, Bedürfnisse und Potentiale des Stadtteils, die nur geführt werden, wenn etwas im Stadtteil passiert. Darüber hinaus gab es eine temporäre Belebung und Veränderung des Stadtbildes, Zusammenarbeit mit der örtlichen Gastronomie, eine neue Offenheit und Angebote der Immobilienwirtschaft über den Festivalzeitraum hinaus, so dass zwei bis drei neue Läden entstehen, die zu den Wilhelmsburgern passen und angenommen wurden.

Im Ergebnis waren und sind alle Shop-Betreiber irgendwie Wilhelmsburger. Sie leben oder arbeiten im Stadtteil, wollten ihre Idee gerade hier umsetzen und ausprobieren, weil Wilhelmsburg ein Teil ihres Alltags ist und weil Wilhelmsburg so ist wie es ist.

Kontakt: Gudrun Stefaniak, Geschäftsführung passage gGmbH

Weiterführende Links:

www.popupwilhelmsburg.de

www.bridgeandtunnel.de

www.zeit.de/2015/36/wilhelmsburg-pop-up-festival-hip

www.stoffdeck.de

www.rathauspassage.de

und auf den facebookseiten des Festivals, von bridge&tunnel und dem Stoffdeck.

Anstoß e.V. – der Nachbarschaftstreff in Lokstedt

Dagmar Vogel
anstoossev@gmx.de
040 22627678

Anstoß e.V. bietet nun seit fast 10 Jahren einen Nachbarschaftstreff in Hamburg Lokstedt an. Begonnen hat alles mit der Ausgabe von Lebensmitteln an Bedürftige im Stadtteil. Inzwischen haben wir uns in Lokstedt mit unseren Angeboten und ca. 25 Ehrenamtlichen etabliert.

Geschichte

Anstoß e.V. wurde im Jahr 2006 von Frank Switala und Dagmar Vogel gegründet. Dahinter steckte die Idee, in Lokstedt eine Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit zu leisten, um das miteinander Leben im Stadtteil zu erleichtern und lebenswerter zu machen. Wir starteten in den Räumen der Petruskirche mit einer Lebensmittelausgabe in Kooperation mit der Hamburger Tafel. Zunächst kamen jeden Freitag 20 Besucher. Doch der Bedarf im Stadtteil stieg und bei einer Besucherzahl von 70 wurden die Räumlichkeiten zu eng. Mit Hilfe des Hamburger Spendenparlaments, welches die Miete für ein Jahr und die Kosten einer Einbauküche übernahm, konnten wir im Sommer 2008 Räumlichkeiten in der Vizelinstraße, nicht weit von der Petruskirche, anmieten und die wöchentliche Lebensmittelausgabe fortsetzen. In den neuen Räumen bot sich außerdem die Möglichkeit, das Angebot zu erweitern, so dass sich Anstoß e.V. mittlerweile als beliebter Nachbarschaftstreff in Lokstedt etabliert hat.

Angebote in der Woche

Unser wöchentliches Angebot umfasst nach wie vor die Lebensmittelausgabe, mit der wir inzwischen 120 Haushalte versorgen. Parallel zur Ausgabe bieten wir einen Secondhand-Verkauf an, denn wir erhalten viele Kleiderspenden.

Wir haben einen Frühstücks- und Kaffeetreff, bei dem jeder aus dem Stadtteil herzlich willkommen ist. Beim Frühstück oder Kaffeetrinken gibt es die Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen. Beim Kaffeetreff werden zusätzlich Stuhlgymnastik und ab und an ein Singnachmittag angeboten. Mehrmals im Jahr bieten wir am Mittwochnachmittag Vorträge zu unterschiedlichen Themen an und mindestens einmal im Jahr kommen für Sicherheitsfragen die bürgernahen Beamten aus Eimsbüttel und Lokstedt zu uns.

Der gemeinsame Austausch in einer netten Atmosphäre ist für uns und die Besucher ein wichtiger Bestandteil unseres Angebotes geworden. Einmal im Monat bieten wir eine Kochgruppe für Kinder und viermal im Jahr über fünf Abende eine Kochgruppe für Erwachsene in Kooperation mit der Hamburger Tafel an. Für die Kinderkochgruppe suchen wir zurzeit acht Kinder aus den hier in Lokstedt lebenden Flüchtlingsfamilien. Unsere Kochgruppe für Erwachsene wird aktuell von fünf alleinstehenden Männern besucht, bei denen wir merken, dass das gemeinsame Kochen und Essen von guten Gesprächen begleitet wird und man sich mit neuen Ideen nicht nur bezüglich des Essens auf den Nachhauseweg macht.

Veranstaltungen und Feste im Jahr

Viele Veranstaltungen organisieren wir gemeinsam mit der Kirchengemeinde Lokstedt. Z.B. gestalten wir Gottesdienste zum Thema Armut und feiern einmal im Jahr ein Sommerfest. Bei diesem gibt es Aktionen von und für Jung und Alt, einen Flohmarkt und natürlich wird auch für das leibliche Wohl gesorgt. Hervorragend sind die vielen selbstgebackenen Kuchen und Torten und das von der koreanischen Gemeinde vorbereitete Essen.

Dieses dürfen wir auch jedes Jahr bei unserer multikulturellen Weihnachtsfeier in der Petruskirche genießen. Wir freuen uns besonders, dass wir diese gemeinsam mit dem Iman der Zentrumsmoschee, Ercan Yükkaya, gestalten. In Zusammenarbeit mit „Seniorpartner Diakonie“ und der Lokstedter Kirchengemeinde können wir auch die „Wünschebaumaktion“ ermöglichen, bei der jedes Kind zur Weihnachtsfeier ein Geschenk erhält.

Soziale Beratung

Unsere Besucher sind alleinstehende Menschen, Familien mit Kindern und Senioren, überwiegend mit sozialer Benachteiligung. Aufgrund ihrer häufig sehr problematischen Lebenssituation leisten wir außerdem seelsorgerische und soziale Beratung. Diese erfolgt kostenlos, ist vertraulich und unabhängig von Weltanschauung und Religion. Wir möchten den Menschen im Stadtteil ein einfach zugängliches Angebot der Beratung und Begleitung unterbreiten. Wenn erforderlich, vermitteln wir Hilfesuchende an spezialisierte Beratungsstellen.

Finanzierung und ehrenamtliche Mitarbeit

Wir finanzieren uns zurzeit ausschließlich über Spenden. Die Arbeit des Vereins in diesem Umfang ist insbesondere unseren ehrenamtlich Mitarbeitenden zu verdanken. Durch deren Einsatzbereitschaft ist es möglich, diesen Verein aufrecht zu erhalten. In diesem Zusammenhang freuen wir uns, dass Dagmar Vogel, die 2. Vorsitzende des Vereins, für ihr großes Engagement am 6. Oktober mit dem Bürgerpreis der Bezirksversammlung Eimsbüttel ausgezeichnet wurde. Herzlichen Glückwunsch!

Fazit

Den Menschen im Stadtteil und uns ist es sehr wichtig, dass die Arbeit von Anstoß e.V. im Stadtteil erhalten bleibt und freuen uns darüber, dass wir gemeinsam mit der Stadtteildiakonie und der Kirchengemeinde Lokstedt eine halbe Stelle für eine Sozialarbeiterin geschaffen haben

Kontakt

Anstoß e.V. Niendorf, Dagmar Vogel, Vizelinstr. 8b, 22529 Hamburg

Stadtteildiakonie Holstenkamp

Durch die Auflösung des Demenzbereiches im Pflegezentrum am Lutherpark wurde vor zwei Jahren im Rahmen der sozialen Stadtplanung durch die Beteiligten vor Ort und der politischen Ebene ein Runder Tisch ins Leben gerufen. Dieser verfolgte das Ziel, die Bewohner/innen und Institutionen vor Ort sowie die Luthergemeinde, ansässige Vereine, die politische und die städtische Ebene so gut miteinander zu vernetzen, dass die Lebensbedingungen im Quartier sowie das soziale Miteinander nachhaltig verbessert werden können.

Das Quartier am Holstenkamp zeichnet sich aktuell durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Menschen und individuellen Bedürfnislagen ab. So leben derzeit neben den Holstenpunx e.V., auch Flüchtlinge, ehemals Wohnungslose und Senioren auf dem Gelände. Im nächsten Jahr ist der Einzug von Familien einer Baugemeinschaft, psychisch erkrankten Menschen mit Suchtproblematik, Frauen mit Gewalterfahrungen, Student/innen sowie Jugendlichen, die im Rahmen der Jugendhilfe betreut werden, geplant.

Das Gebiet rund um den Holstenkamp wird durch eine Autobahn und zu großen Teilen durch einen dunklen, waldähnlichen Park begrenzt und trennt so das Quartier vom restlichen Stadtteil Bahrenfeld. Trotz intensiver Planungen und Besprechungen im Vorfeld sowie beabsichtigten städtebaulichen Veränderungen, leben die

Silvia Schulz
stadtteildiakonie.holstenkamp@diakonie-hhsh.de
0152 24778766

Bewohner/innen zum großen Teil isoliert. Eine ausreichende Infrastruktur sowie die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sind kaum vorhanden. Es bestehen keinerlei Einkaufsmöglichkeiten vor Ort oder zumindest in der Nähe. Kulturelle Einrichtungen oder Veranstaltungen, welche ein soziales Miteinander fördern, fehlen ebenfalls gänzlich. Durch die unterschiedlichen Interessen und Anliegen der Menschen am Holstenkamp bedarf es einer Koordination vor Ort, welche die unterschiedlichen Anspruchsgruppen im Blick hat und gemeinsam mit ihnen bedürfnisorientierte Angebote entwickelt, die einen offenen und vorurteilsfreien Austausch und friedliches Miteinander gewährleisten. Zudem gilt es, Brücken zwischen dem Quartier Holstenkamp und dem Stadtteil Bahrenfeld zu bauen, damit die isolierte Sonderstellung des Gebietes wegfällt, das Zusammenleben vor Ort als positiv und lohnend empfunden wird.

Seit dem 01.10.2015 habe ich die Leitung der Stadteildiakonie am Holstenkamp übernommen und freue mich gemeinsam mit vielen engagierten Menschen im Quartier und in Bahrenfeld diese Aufgabe in die Tat umzusetzen.

Kontakt

*Diakonisches Werk Hamburg-West/Südholstein, Stadteildiakonie Holstenkamp
Silvia Schulz, Holstenkamp 119, 22525 Hamburg
www.diakonie-hhsh.de*

Gemeinwesendiakonie in Hamburg - Langenhorn

Joachim Tröstler
joachim.troestler@kirche-langenhorn.de
040 5324380

Was mit dem Arbeitstitel ‚Gemeinwesendiakonie‘ vor drei Jahren in Hamburg-Langenhorn begann, ist zu einer regelrechten Quartiersentwicklung mit einer Vielzahl von Beteiligten geworden. Durch die Unterbringung und nötige Integration von Flüchtlingen hat sich das Bewusstsein um den notwendigen Zusammenhalt im Quartier in den letzten Monaten nochmals verstärkt. Handwerk, Schule, soziale Träger – alle sind beteiligt.

Macht es für ein Quartier einen Unterschied, wenn für fünf Jahre eine volle Regionalpfarrstelle dem Stadtteil Hamburg-Langenhorn und den in dieser Region zusammengehörigen Kirchengemeinden zugeordnet wird?

Wird es gelingen, Kirchengemeinden und diakonische Träger vor Ort zu einem koordinierten, gemeinsamen Handeln in Bezug auf den Stadtteil zu bewegen? Ist eine Prägung des Quartiers in Hinsicht auf die Verstärkung nachbarschaftlicher Achtsamkeit möglich?

Mit diesen Fragen begann ich im Herbst 2012. Und mit der Lehrbuchdefinition zu Gemeinwesendiakonie im Kopf:

„Gemeinwesendiakonie beschreibt eine gemeinsame Strategie von verfasster Kirche und organisierter Diakonie, bei der kirchliche und diakonische Einrichtungen im Stadtteil mit weiteren Akteuren kooperieren. Es geht also um mehr, als einfach nur das ein oder andere gemeinsame Projekt durchzuführen. Ziel ist es, Quartiereffekte zu erzielen. Gemeinwesendiakonie versteht sich als Verbindung von verbandlichem, gemeindlichem und selbsthilfeorientiertem Handeln. Dabei sind Kirche und Diakonie auch auf die Kooperation mit nicht- oder anderskonfessionellen Akteuren angewiesen.“ (Horstmann / Neuhausen: Mutig mittendrin – Gemeinwesendiakonie in Deutschland, Berlin 2010).

Voraussetzung ist eine Gemeinwesenorientierung: Die Öffnung der kirchlich-diakonischen Akteure zum Quartier hin:

„Gemeinwesendiakonie entsteht durch eine neue, sich erst entwickelnde Kooperationskultur von verfasster Kirche und organisierter Diakonie. In dieser Form gab

es sie noch nicht. Dabei können kirchliche und diakonische Akteure auf bestehende und etablierte Bezüge zum Gemeinwesen zurückgreifen.“ (a.a.O.)

Der Stadtteil Langenhorn wurde ausgewählt, weil er im besten Sinne ein durchschnittlicher Stadtteil ist; weder besonders wohlhabend noch besonders arm.

So, wie viele Stadtteile am Hamburger Stadtrand. Und weil die Pfarrämter vor Ort Interesse an so einer Arbeit zeigten. Die offizielle Bezeichnung ‚Regionalpfarrstelle für Gemeinwesendiakonie‘ erwies sich jedoch als zu sperrig. Das Wochenblatt machte daraus kurzerhand den ‚Stadtteilpastor‘ und das ersparte in der Folgezeit viele wortreichende Erklärungen.

Die ‚Entdeckung‘ Langenhorns begann mit einer Stadteilerkundung, der Verarbeitung statistischen Materials und der Zuordnung von Einrichtungen auf dem Stadtplan. Daraus entstand die Kommunikationsplattform www.unser-langenhorn.de, die hilfreich unter anderem für Neuankommende im Stadtteil ist.

Die erste Erkundungsphase brachte die erstaunliche Erkenntnis: Kirchengemeinden und diakonische Träger waren gut im Stadtteil verwurzelt. Man kannte den Stadtteil, man kannte logischerweise sich und auch das direkte unmittelbare Umfeld. Aber wegen der geradezu bildhaften Verwurzelung war wenig Bewegung möglich.

Das war bei anderen Trägern und sozialen Einrichtungen, die oft nur projektfinanziert von Jahr zu Jahr planen konnten, anders: Mit dem Ergebnis, dass hier die Offenheit und Flexibilität zu kreativer Kooperation größer war. So fand ich mich schnell in der Rolle eines Moderators für den Arbeitskreis Langenhorn, einem lockeren Zusammenschluss vieler Träger aus dem überwiegend nichtkirchlichen Sozialbereich. Die Kirchengemeinden und diakonischen Träger sind auch stets eingeladen, nehmen jedoch kaum teil. Vielmehr wird diese Verantwortung auf den Stadtteilpastor delegiert.

In enger Kooperation mit dem Bezirk, Parteien und Verbänden im Quartier entwickeln wir den Arbeitskreis derzeit zu einer Stadtteilkonferenz weiter, als einer Plattform für die weitere Quartiersentwicklung.

In dieser Stadtteilkonferenz werden dann in drei bis vier jährlichen Treffen die Themen, die die Menschen im Stadtteil wirklich bewegen, zur Sprache kommen. Und alle, die eine Antwort geben könnten, wären praktischerweise schon mit am Tisch: Bezirk, Parteienvertreter, Soziale Träger, Wohnungswirtschaft, Gewerbe und Handwerk, Bürgerinitiativen, Wohnprojekte, Kirchengemeinden, diakonische Träger und Wohlfahrtsverbände.

Die Errichtung verschiedener Flüchtlingsunterkünfte und eine gewisse Bekanntheit im Stadtteil führten dazu, dass mir die Moderation der Runden Tische und die Koordination der Ehrenamtlichen angetragen wurde. Kirchlich auf Abstand, aber sozialdiakonisch engagiert, so begegneten mir viel aktive Bürger. Koordination, Moderation, Konfliktmanagement, strategische Ausrichtung – all das wird mir als Pastor gern ‚überlassen‘.

Bis hin zu der Äußerung: „Ich finde es toll, wie Sie das machen. Und dass sie Pastor sind, ist nicht so schlimm.“ Kirchliches Personal wird positiv aufgenommen, aber eigentümlicher Weise von der entsendenden Institution als getrennt gesehen. Dennoch, so bekommen wir als Menschen der Kirche einen neuen, nie dagewesenen Zugang zu engagierten Bürgern, die mit uns im täglichen Leben bisher wenig zu tun hatten. Das ist ein interessanter Nebeneffekt der ‚Flüchtlingskrise‘. Weiterhin vermittele ich intensiv, dass eine Willkommenskultur zwar nett ist, wir aber eine strategisch angelegte, langfristige Willkommenskultur brauchen. Und dass dies alles kein Sprint, sondern ein

Marathon ist. Ein junge Frau sagte: „Es sind spannende Menschen hier in der Kleiderkammer, das wusste ich gar nicht. Nun brauche ich gar nicht mehr in die Messehallen zu fahren, um nette Leute zu treffen“. So entwickelt sich auf eine neue, sehr interessante Weise nachbarschaftliches Miteinander.

In guter ökumenischer Zusammenarbeit mit der katholischen Gemeinde erfolgte eine Vereinsgründung um Syrern die gefährliche Reise über das Mittelmeer oder die Balkanroute zu ersparen und ihnen zugleich eine legale Einreise zu ermöglichen.

Das geht nur, wenn einkommensstarke Hamburger Bürger eine persönliche Verpflichtungserklärung unterschreiben. Es ist beeindruckend, dass diese Klientel so zum Teil erreicht werden kann: www.herberge-fuer-menschen.de

Fazit: Kirche als Player im Gemeinwesen hat gegenüber anderen, oft auch diakonischen Trägern, einen ganz großen Vorteil: Die Kirchengemeinde ist seit langem vor Ort, hat eigenes, auf Dauer angestelltes bzw. verbeamtetes Personal, hat Räumlichkeiten und ist, bei aller Vorläufigkeit, durch die Kirchensteuer auf Dauer stabil finanziert. Wenn es ihr gelingt, das soziale Umfeld wahrzunehmen und sie bereit ist, Verantwortung für die Gestaltung mit-zutragen, wird es ihr von den allermeisten aus dem Quartier sehr gern und sehr bereitwillig zugestanden. Hier liegt eine große Chance zur Neupositionierung; nicht zuletzt durch den aktuellen Zustrom von Flüchtlingen und das große bürgerschaftliche Engagement in Hamburg.

Kontakt

+) Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinden Hamburg-Langenhorn

Pastor Joachim Tröstler, Regionalpfarrstelle Gemeinwesendiakonie

Langenhorner Chaussee 266, 22415 Hamburg

Mobil: 0157 - 82 44 80 35

Internet: www.unser-langenhorn.de/stadtteilpastor <http://goo.gl/maps/I21ev>

Theologischer Impuls

Hauptpastorin und Pröpstin Astrid Kleist

Kirche und Stadt – Verstehen – Vernetzen - Übersetzen

Jahr für Jahr strömen Tausende in die Metropolen dieser Erde auf der Suche nach Arbeit, Freiheit und Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Städte sind Orte der Sehnsucht, aber auch der erfahrenen Ungleichheit, der Konflikte und sozialen Spaltungen.

Bereits in der Bibel erscheint die Stadt in der Doppelgestalt als Fluch und als Segen. Auf der einen Seite steht die Stadt Babel als Symbol menschlicher Hybris und Ort göttlicher Strafe. Aber auch ihre Friedenshoffnungen artikulieren die Menschen der Bibel als urbane Vision. Im neuen, vom Himmel her kommenden Jerusalem werden alle Menschen einträchtig miteinander leben. Da wird es kein Geschrei mehr geben, kein Leid...und Gott mitten unter ihnen.

Ich finde für mein eigenes Nachdenken über die Stadt spannend, dass in den prophetischen Büchern der Bibel die Stadt immer wieder personifiziert erscheint und angeredet wird, so wie wir bis heute von der Stadt reden können und sie in einem unserer Fußballstadien als „meine Perle“ besungen wird:

„Hamburg, meine Perle, Du bist mein Zuhause, du bist mein Leben. Du bist die Stadt, auf die ich kann.“
(Lotto King Karl)

Dabei liegt in der Bibel das Hauptgewicht im Besingen der Stadt mehr auf der Klage und Anklage dieser, sie wird aber auch Adressatin freudiger Botschaft von Wiederaufbau und Restauration.

Diese Personifikation der Stadt ermöglicht die kollektive Erfahrung der in ihr Wohnenden im Leiden oder im Aufatmen einer Person zu spiegeln.

Die Stadt zu personifizieren hält die kostbare Unterscheidung fest: Wir gehören zu ihr, aber sie gehört uns nicht.

Sie besitzt eine Würde *sui generis* und fordert entsprechend Respekt und sorgsame Aufmerksamkeit.

Mit der Vision einer neuen Stadt auf den letzten Seiten der Bibel ist zugleich ein Maßstab für die Beurteilung der vorfindlichen Stadt gegeben.

Hier findet die Sehnsucht nach einer besseren Gerechtigkeit ihre Nahrung, die zugleich ein Ansporn ist, die reale Stadt zu verändern und zu deren Verbesserung beizutragen

Das himmlische Jerusalem ist darum für uns Christen immer auch der kritische Maßstab für die Humanität irdischer Städte.

Hier tragen wir als Kirche und Diakonie Verantwortung für die Humanisierung der Stadt und hören es zunehmend wieder als unseren Auftrag, uns an der Neu- und Mitgestaltung der Stadt aktiv einzubringen und zu beteiligen, also nicht aus zufälligem Interesse und Engagement heraus, sondern aufgrund der Verbundenheit mit unseren christlichen Grundüberzeugungen.

Die Mitverantwortung für Gesellschaft und öffentliches Leben ist unserer Kirche schon in die Verfassung eingeschrieben (Nordkirche Art. 1 Abs. 5)

Konkret umsetzen lässt sich dieses durch eine Mitwirkung in der Gestaltung des Stadtteils, durch Kooperation mit anderen Trägern im Stadtteil, durch eine Öffnung der Kirchengemeinden für Interessen, die ihren Kontext und nicht nur sich selber betreffen.

„Kirche ist immer *auch* Kirche, nicht nur Kirche allein.“ (J. H. Claussen)

Das meint: Sie ist immer dort besonders stark und überzeugend, sie ist immer dann sie selbst, wo sie sich in ihrem Kontext einbringt zum Wohle aller, und nicht nur ihrer allein.

Sie ist immer auch Kirche für andere.

„Suchet der Stadt Bestes...wenn es ihr wohl geht, so geht es auch euch wohl!“
Jer 29,7

Diesem biblischen Auftrag möchten wir als Kirche und als Diakonie folgen in der Hoffnung auf eine Welt, in der Frieden und Gerechtigkeit sich küssen, wie es ein anderes Prophetenwort verheißt. Und entsprechend suchen wir gemeinsam mit anderen Akteuren an vielen Orten dieser Stadt ihr Bestes.

Wir wollen mitwirken an einer lebendigen, gerechten und von Frieden bestimmten Gemeinschaft über ethnische, kulturelle Verschiedenheit hinweg und bringen hierfür über Jahrhunderte gewachsene Kompetenzen mit, um zum Verstehen, Vernetzen und Übersetzen beizutragen.

Wir sind uns bewusst, dass wir Mitverantwortung tragen.

Dass wir als Kirche nur da stattfinden, wo wir die Stadt finden!

Wo wir uns nicht selber marginalisieren, sondern unsere Potentiale nutzen, um zum Verstehen, Vernetzen und Übersetzen beizutragen.

Also uns einsetzen für:

die Erfahrung gelingender Gemeinschaft in den Quartieren,
die Bildung von sozialen und nachbarschaftlichen Initiativen,

Orte, an denen sich Menschen erfahren jenseits rein kommerzieller Interessen und ökonomischer Zwänge,
Räume, in denen sich Menschen als Geist-reiche, Geist-begabte erfahren, deren Horizont weiter reicht als der Himmel, den wir sehen.

Viele Bewohnerinnen und Bewohner und eben auch Kirchengemeinden besitzen eine hohe Expertise im Blick auf die Belange ihres Quartiers!

Wie können wir darin mitwirken, dass diese in die Quartiersentwicklung eingebracht und genutzt werden können?

Als Kirche im Stadtteil verstehen wir uns unter anderem als:

Hoffnungsträgerin,
Mutmacherin,
Anwältin der Armen,
Seele der Stadt,
Vermittlerin,
Stimme derer, die Hilfe brauchen.

Dabei ist sie all dies nie allein. Sondern oft zusammen mit anderen. Sie braucht das Gespräch mit den anderen Akteuren im Quartier und in der Stadt.

Lebendig und überzeugend sind wir dort, wo wir uns immer auch als Teil von etwas anderem verstehen und das sage ich im Wissen, dass unter uns gegenläufige Entwicklungen zu beobachten sind.

Einerseits ein neu gewecktes Interesse in der Kirche für ihre Quartiere.

Und andererseits ist zu beobachten, wie sich die Verbindung von Quartier und institutionalisierter Kirche auflösen, brüchiger werden.

Dass das Engagement in institutionalisierten Rahmen weniger selbstverständlich wird. Damit haben ja nicht nur die Kirchen zu kämpfen, sondern auch die Parteien, die Vereine, Gewerkschaften und viele andere.

Umso wichtiger wird es meinem Eindruck nach in den kommenden Zeiten, zusammenzuarbeiten, weil wir, die wir uns aus unseren unterschiedlichen Rollen und Überzeugungen heraus für eine lebenswertere Stadt einsetzen, einander mehr denn je brauchen werden.

Und dafür haben wir als Kirche einiges zu bieten. Nicht zuletzt unsere Kirchen!

Sie sind allem voran geistliche Orte. Orte gottesdienstlichen und spirituellen Lebens. Sie sind Orte kollektiven, symbolischen Gedächtnisses.

Sie dienen dem Gedächtnis der Stadt, des Stadtteils, und wirken als Erinnerungsorte über die Kirche hinaus.

Sie sind darin nicht nur von musealem Wert, sondern arbeiten mit und für die Gedenkkultur der Stadt.

Sie sind Versammlungsorte von und für Menschen unterschiedlicher Lebensform, an denen sie Begleitung und Unterstützung erfahren können z.B. durch Betreuung und Erziehungsangebote.

Sie sind Migrantenkirchen, die der Beheimatung von Migranten dienen aber auch der interkulturellen Öffnung der Kirche.

Sie sind „Engagements Kirchen“, die der Ermöglichung von bürgerschaftlichen Engagement besonders in sozial angespannten Stadtteilen dienen (als Bürgerhaus, als Flüchtlingshaus, als Pflegestation).

Sie sind öffentliche Räume.

Sie halten öffentlichen Raum vor.

Sie bieten eine Plattform, auf der Mitarbeit möglich wird.

Dazu müssen wir herausfinden, was die echten Bedarfe und wer die verlässlichen Partner in unserem Umfeld sind.

Allen gemeinsam dass sie den Sinn von Kirchengemeinde und die Funktion unserer Kirchengebäude nicht mehr allein kirchlich verstehen, sondern sich in die Mitverantwortung stellen, auf die wir uns aufgrund unseres kirchlichen Auftrag und unseres christlichen Menschen- wie Gottesbildes hineingerufen sehen.

Hauptpastorin und Pröpstin Astrid Kleist, 02. Juli 2015

Dieser Redebeitrag wurde am 02.07.2015 im Rahmen der Veranstaltung „Kirche und Stadt - Akteure und Möglichkeiten in der Quartiersentwicklung - Was lehrt der Blick auf den Stadtentwicklungsprozess „Stromaufwärts an Elbe und Bille?“ gehalten.

Dokumentationen Veranstaltungen Links

Kerstin Klingel
k.klingel@kirche-hamburg-ost.de
040 519000136

Hamburg! Gerechte Stadt – Olympia

Olympische Spiele in Hamburg: Goldmedaillen für alle?! Wer profitiert von Olympia in Hamburg und wer nicht?

Das fragte am 24. September die Veranstaltungsreihe „Hamburg! Gerechte Stadt!“ und lud zur Podiumsdiskussion in einen Hörsaal der HafenCity-Universität. Wolfgang Völker vom Diakonischen Werk Hamburg übernahm es, für den verhinderten Experten Dr. Nicolai Wendland, Wirtschaftswissenschaftler von der Technischen Universität Darmstadt, von dessen Studie zu berichten. Wendland hatte zusammen mit Volker Nitsch die Auswirkungen Olympischer Sommerspiele auf ihre ausrichtenden Städte bis 2010 untersucht. Kriterium bei der Untersuchung war das jeweilige Bevölkerungswachstum, das als Maßstab für die Attraktivitätssteigerung einer Stadt genommen wurde. Wendland und Nitsch kommen in ihrer Studie zu dem Schluss, dass in den untersuchten Gastgeberstädten nach der Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele ein Bevölkerungsrückgang festgestellt werden muss. Dieser wird auch als Reaktion auf die immensen Schulden der Städte gewertet. Megaevents wie Olympische Sommerspiele stellen vor allem eine Kurzzeit-Aktivität dar, deren enorme Kosten bislang nicht nachweisbar mit nachfolgend positiven Entwicklungsimpulsen gegengerechnet werden konnten.

Auf dem Podium diskutierten anschließend Professor Henning Vöpel, Geschäftsführer des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, und Bloggerin Nicole Vrenegor von der Initiative NOlympia. Der Journalist Burkhard Plempner moderierte.

Die Positionen

Vöpel gehört zu den kritischen Befürwortern von Olympischen Sommerspielen. Er sieht in Olympia eine große Chance für Hamburg. Mit der Ausrichtung der Spiele würde sich die Hansestadt auf die internationale Landkarte setzen. Auf dem Kleinen Grasbrook, wo die Haupt-Sportstätten und das Olympische Dorf geplant werden, würden zusätzliche Wohnflächen erschlossen, die, so Vöpel, den Wohnungsmarkt entlasten würden. Auf den Arbeitsmarkt hätte Olympia nur einen temporären Effekt, es wäre wichtig, dass die Stadt hier Produktivität direkt nach Hamburg holt und auch in eine Nachnutzung mit einbindet, sonst sei eine Chance vertan. Durch Olympia könnten sich aber professionelle internationale Fachkräfte in Hamburg ansiedeln. Olympia würde die Entwicklung Hamburgs zur so genannten Smartcity vorantreiben, eine Vision von Stadt, die technologisch und digital fortschrittlicher, umweltbewusster und sozial inklusiver ist.

Mit Olympia, so Vöpel, könne so eine Vision schneller verwirklicht werden. Es sei dafür jedoch nötig, entsprechende Konzepte für eine derartige zukünftige Stadtentwicklung zu haben, die Vöpel bislang bei den Planungen vermisst.

Nicole Vrenegor ist als Mitglied der Initiative NOlympia gegen eine Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele in Hamburg. Sie argumentiert, dass Olympia einer gerechten Stadtentwicklung für Hamburg regelrecht entgegenstünde. Mindestens fünf Gründe sprächen gegen eine Ausrichtung: 1. die enormen Kosten, die insbesondere aufgrund der Schuldenbremse durch Kürzungen z. B. bei den Sozialausgaben und nicht erfolgte Investitionen an anderer Stelle an die Bürger_innen weitergereicht werden, 2. die mangelnde Nachhaltigkeit, die bei so einem ‚wandernden‘ Großevent aufgrund des immensen Ressourcenverbrauchs und der Emissionen schlicht nicht möglich sei. Zudem stammten die Pläne der Olympia-Bauten vom Architekturbüro gmp, die schon für mehrere Olympische Spiele sowie den neuen Berliner Flughafen geplant haben und nicht für Nachhaltigkeit stehen. Gegen eine Ausrichtung sprächen außerdem 3. eine durch Olympia beschleunigte Verdrängung sozial Schwacher, 4. die Einschränkung der Freiheitsrechte aller Bürgerinnen und Bürger durch Zäune, massives Sicherheitsaufgebot und Überwachung des öffentlichen Raums während der Spiele und auch darüber hinaus sowie 5. Knebelverträge mit dem IOC, die Mitbestimmung bei der Planung unmöglich machen.

Gerechte Stadtentwicklung brauche Partizipation. Diese sei nach der Volksabstimmung Ende November nicht mehr vorgesehen. Außerdem brauche gerechte Stadtentwicklung keinen Zeitdruck. Und die Volksabstimmung finde im Übrigen zu einem Zeitpunkt statt, zu dem viele Details sowie insbesondere die genauen Kosten noch gar nicht feststünden.

Besonders erwähnte Vrenegor auch die Verkehrsinfrastruktur, die schon für heutige Bedürfnisse nicht ausreichend ausgebaut ist, die aber kein Groß-Event braucht, um verbessert zu werden. Sie widersprach auch dem Argument, dass zusätzliche Wohnflächen auf dem Kleinen Grasbrook erschlossen würden, indem sie ausführte, dass Wohnen mitten im Hafen im Hinblick auf Lärm, Licht und Luft nur sehr eingeschränkt möglich wäre.

Im Publikum zeichnete sich ebenfalls eine überwiegende Ablehnung der hamburgischen Olympia-Pläne ab. Hier kam verstärkt noch einmal das Argument der enormen Kosten. Allein mit z. B. der zu erwartenden Schuldenübernahme der HSH Nordbank in Höhe von mehreren Milliarden trägt die Freie und Hansestadt Hamburg schon jetzt hohe finanzielle Risiken, die durch Olympia massiv verstärkt würden.

Fazit

Zusammenfassend stellte der Gastgeber Professor Jörg Knieling, Leiter des Fachgebiets Stadtplanung und Regionalentwicklung an der HafenCity-Universität, fest, dass eine lebenswerte Stadt wesentlich von Naherholung, guter Verkehrsinfrastruktur und guter Luft geprägt ist und Hamburg als so genannte Second City, d. h. in Deutschland auf Platz zwei hinter Berlin, gute Chancen hat, all das zu bieten – Olympia sei jedoch nicht der richtige Weg, diese Smartcity zu verwirklichen. Der Zeitdruck einer Planung auf 2024 hin führe zu einer Kostenexplosion, die anders nicht nötig wäre.

Das Schlusswort hatte Wolfgang Völker vom Diakonischen Werk als Veranstalter. Für ihn habe sich an diesem Abend die Erkenntnis verstärkt, dass Olympia kein Olympia für alle wäre, Arme profitierten nicht. Wir hätten Probleme in Hamburg als gerechter Stadt, so Völker, aber Olympia würde uns bei der Lösung nicht helfen.

Kerstin Klingel, Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-Ost, Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Zwischen Babylon und Jerusalem

Die Kirche als Faktor der Stadtentwicklung

Die Beiträge zu der Tagung am 10. Und 11. September in der HafenCityUniversität Hamburg finden Sie unter:
<http://www.stadtmitgestalten.de/materialien/kontext-hamburg.html>

Veranstaltung zu öffentlich geförderter Beschäftigung in Hamburg

Öffentlich geförderte Beschäftigung in Hamburg – Perspektiven für Langzeitarbeitslose

am 24. November 2015 von 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr im Klub am Besenbinderhof
Besenbinderhof 62

13.00 Uhr Empfang und Mittags-Imbiss

13.30 Uhr Vorstellung der Hamburger Erklärung zur öffentlich geförderten
Beschäftigung (Sandra Berkling, AGFW)

14.00 Uhr Kommentar zur Hamburger Erklärung (Prof. Dr. Matthias Knuth, Universität
Duisburg-Essen)

14.30 Uhr Podiumsdiskussion in zwei Runden mit:
Jens-Peter Schwieger (SPD) und Katja Karger (DGB)
Moderation: Gudrun Nolte-Wacker (KDA)
Antje Möller (Bündnis 90/Die Grünen) und Klaus
Wicher (SoVD)

Moderation: Jens Stappenbeck (AGFW)

16.00 Uhr Ende

Anmeldung bis spätestens 16. November

per Mail an info@agfw-hamburg.de oder telefonisch unter 040 23 68 65 57

Veranstaltung zu öffentlich geförderter Beschäftigung im Gebiet der Nordkirche:

Mittwoch, 2. Dezember 2015, 10:30 – 17:00 Uhr, media-docks Lübeck
Informationen finden sich unter:

<http://www.diakonie-hamburg.de/web/veranstaltungen/Oeffentlich-gefoerderte-Beschaeftigung-Eine-Perspektive-fuer-Erwerbslose-00001>

Wir sind Nachbarn. Alle.

Diesen Titel hat die Diakonie Deutschland als Jahresthema gewählt. Informationen zu Hintergründen, aber auch viele Beispiel aus der Praxis gemeinwesenbezogener Arbeit finden sich unter:

<http://www.wirsindnachbarn-alle.de/>

Kirche findet Stadt

Das ökumenische Projekt im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wird 2015 und 2016 fortgeführt. Informationen finden sich unter:

<http://www.kirche-findet-stadt.de/>